

- pm 43/ Hamburg, 6. September 2018

BUND: Bürgerschaft brüskiert Fluglärm-Betroffene

Rot-grün weist Volkspetition für ein erweitertes Nachtflugverbot auf ganzer Linie zurück / BUND wird sich weiter gegen nächtlichen Fluglärm wehren

Mit großer Enttäuschung hat der BUND Hamburg heute zur Kenntnis genommen, dass die Bürgerschaft mit ihrer rot-grünen Mehrheit die Volkspetition für ein erweitertes Nachtflugverbot am Hamburger Flughafen abgelehnt hat. Der BUND hatte der Bürgerschaft vor knapp einem Jahr fast 15.000 Unterschriften für eine Nachtruhe am Airport von 22 Uhr bis 6 Uhr an Werktagen und 22 Uhr bis 8 Uhr an Sonn- und Feiertagen überreicht.

„Was Rot-Grün heute vollmundig als Verbesserung des Lärmschutzes am Hamburger Flughafen verkauft hat, ist ein Kniefall vor den Interessen der Fluggesellschaften und der Unternehmensleitung des Flughafens. Die wenigen Vorschläge der Regierungsparteien enthalten dagegen lediglich weitgehend unverbindliche Vorschläge. Damit kann bestenfalls die systematische Umgehung der bereits seit Jahren geltenden Regelungen etwas eingedämmt werden“, empört sich Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg.

Zentraler Anlass für die Volkspetition war laut BUND jedoch die Entwicklung der Starts und Landungen am Flughafen nach 22 Uhr, die in den letzten Jahren deutlich zugenommen habe. Bereits tagsüber sei der Flugverkehr in Hamburg und dem nördlichen Umland sehr belastend. Wenn den betroffenen Menschen zusätzlich der Schlaf geraubt werde, sei dies in hohem Maße gesundheitsgefährdend.

„Die Bürgerschaft hätte heute die Chance gehabt, ein Zeichen zu setzen und den Lärmschutz gegenüber der bisherigen Regelung deutlich zu verbessern“, ergänzt Martin Mosel, Sprecher des BUND-Arbeitskreises Luftverkehr. Die Umsetzung geltender Regelungen sei jedoch keine Errungenschaft, sondern bestenfalls eine Selbstverständlichkeit. Die dem Thema aufgeschlosseneren grüne Fraktion in der Bürgerschaft sei offensichtlich wieder einmal vor dem großen Koalitionspartner eingeknickt.

Der BUND will diesen „Schlag ins Gesicht“ für die von Fluglärm betroffenen Menschen auf keinen Fall hinnehmen. In den nächsten eineinhalb Jahren stehen Bezirks- und Bürgerschaftswahlen an. Spätestens dann werden wir die verantwortlichen Politiker wieder mit dem Thema konfrontieren.

Außerdem will der BUND sich die aktuelle Betriebserlaubnis und die Bahnbenutzungsregelungen des Flughafens genau anschauen und ggf. rechtliche Schritte prüfen.

Für Rückfragen:

Paul Schmid, BUND-Pressesprecher, Tel. (040) 600 387-12, Mob. 0160 799 09 46

Für Rückfragen: Paul Schmid, BUND-Pressesprecher, Tel. (040) 600 387 12